ROTER MORGEN



Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands, Marxisten -Leninisten

3Jg. März 69 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Hände weg vom sozialistischen China

Erklärung des ZK der KPD/ML

Auf seiner Sitzung am 15./16. März 1969 hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sich mit den jüngsten bewaffneten Provokationen der sowjetischen revisionistischen Führer gegen die Volksrepublik China befaßt und die folgende Erklärung beschlossen:

Die blutigen Grenzzwischenfälle, die die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion seit dem 2. März auf der zum chinesischen Territorium gehörigen Insel Tschenpao im Ussuri-Fluß durch Eröffnen von Gewehr- und Geschützfeuer auf chinesische Grenzwachen verschuldet hat, zeigen in aller Deutlichkeit die verbrecherische Rolle der sowjetischen Sozialimperialisten. Die Hintergründe für diesen unverschämten Akt der Aggression können nur im Zusammenhang mit der Globalstrategie der revisionistischen sowjetischen Führungsclique gesehen werden.

Während sie offen mit faschistischen und militaristischen Regierungen "gute Beziehungen" pflegen, eng mit Indien, Indonesien, Griechenland und den amerikanischen Imperialisten zusammenarbeiten, versuchten und versuchen sie eine antichinesische Einheitsfront auf die Beine zu bringen. Während der sowjetische Verteidigungsminister die indischen Reaktionäre gegen China aufzuhetzen versuchte, "klärte" Zarapkin Nazi-Kanzler Kiesinger über die Ziele der imperialistischen Sowjetpolitik auf.

Im eigenen Lager sollen die Provokationen an der chinesischen Grenze dazu dienen, auf der kommenden Konferenz der revisionistischen Parteien in Moskau die Front gegen das revolutionäre China zu verstärken. Ihre provokatorische "Politik der Stärke" gegenüber den revolutionären chinesischen Volksmassen zeigt offen den faschistischen Charakter der imperialistischen Politik der sowjetrevisionistischen Führungsclique, die sich durch nichts von der Aggressionspolitik der US-Imperialisten unterscheidet.

Die Aggression gegen das tschechoslowakische "Brudervolk" war mit der Johnson-Regierung abgesprochen. Ebenso das klägliche Waffengerassel und die "symbolischen" Akte gegen die Bundesversammlung in Berlin, die schließlich anläßlich der Bundespräsidentenwahl in die lächerliche Verhandlungsbereitschaft um Passierscheine mündete. Während die sowjetischen Sozialimperialisten mit Waffengewalt militärische Aggressionen gegen das chinesische Volk planen und durchführen, versuchen sie bei ihren imperialistischen und faschistischen "Freunden" im Westen Unterstützung und Billigung für ihre verbrecherischen Abenteuer zu finden. Ihre antichinesische Propaganda über chinesische "Greueltaten", ihre plumpen Fälschungen sollen die Völker der Welt über den verbrecherischen Charakter ihrer eigenen Politik hinwegtäuschen, doch kennt das deutsche Volk die Merkmale faschistischer Propaganda aus eigener Erfahrung noch zu genau, um sich täuschen zu lassen. Es hat am eigenen Leibe die imperialistische Ausbeutungspolitik der beiden Großmächte USA und SU zu deutlich erfahren, um sich Illusionen über die Ziele und die Eroberungspolitik der amerikanischen und sowjetischen Führungscliquen zu machen.

Das revolutionäre chinesische Volk beweist mit seinen gewaltigen Demonstrationen, seiner Kampfbereitschaft gegenüber dem Sowjetrevisionismus, daß es nicht bereit ist, sich die Machenschaften einer dieser imperialistischen Großmächte zu ergeben. Vereint mit den revolutionären Volksmassen in der ganzen Welt, die um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus, Imperialismus und Revisionismus kämpfen, wird es mit Sicherheit den Sieg erringen. Auch das deutsche Volk, dessen Territorium die beiden imperialistischen Supermächte unter sich aufgeteilt und dessen Wiedervereinigung sie mit Hilfe der beiden reaktionären Regierungen in Ost- und Westdeutschland bisher erfolgreich verhindert haben, wird sich nicht ewig unterdrücken lassen. Es durchschaut in zunehmendem Maße den verbrecherischen Charakter dieser imperialistischen Weltpolitik. Wir deutschen Marxisten/Leninisten erklären uns solidarisch mit dem chinesischen revolutionären Volk.

Angesichts der bewaffneten Aggression der sowjetischen Imperialisten werden wir alles tun, um die Masse unseres Volkes gegen dieses ungeheure Verbrechen zu mobilisieren. Wir wissen, daß die Volksrepublik China als Weltzentrum der Revolution von entscheidender Bedeutung ist für den Befreiungskampf aller Völker. Entscheidend auch für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes.

Nieder mit dem US/SU-imperialistischen Komplott, das gegen alle Völker gerichtet ist!

Es lebe das sozialistische China, das Hauptbollwerk der revolutionären Weltbewegung in unserer Zeit!

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ML

Nieder mit den neuen Zaren!

> **Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, revolutionäre Völker der ganzen Welt, schließt euch zusammen, um den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder niederzuschlagen! Eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem wird bestimmt aufgebaut werden.**
>
> **Mao Tse-tung**

Was um alles in der Welt veranlaßte die Breschnew-Kossyginclique, die neuen Zaren im Kreml, die Volksrepublik China anzugreifen und ihre imperialistische Verkommenheit erneut vor aller Welt zu entlarven? Glaubten sie allen Ernstes, ihr faschistisches Hirngespinst vom Angriff chinesischer Grenztruppen auf sowjetisches Hoheitsgebiet würde geglaubt werden? Glauben sie, daß dadurch, daß sie die chinesische Insel Tschenpao Damanskij nennen, habe sich plötzlich deren nationale Zugehörigkeit geändert? Ihre Greuelberichte und offenkundigen plumpen Fälschungen, die gleich nach dem Überfall am 2.3.69 parat lagen, beweisen nur eins: Dieser verbrecherische Überfall war von langer Hand vorbereitet.

Warum aber lassen sich die sowjetischen Sozialimperialisten auf solche Abenteuer ein, die ihnen schließlich und endlich nur zum Schaden gereichen können? Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Großsprecherisch hatte die Kossygin-Clique und ihre revisionistischen Helfer in Ostberlin angekündigt, sie werde die Abhaltung der Bundespräsidentenwahl in Westberlin zu verhindern wissen. Die westdeutschen Imperialisten, denen wohl bekannt war, welch großen Wert die Herren im Kreml auf die Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten legten, versicherten sich deren Unterstützung in der Westberlin-Frage und dachten gar nicht daran, zurückzustecken. Selbst das Passierscheinangebot der Ostberliner Regierung wiesen sie mit der Bemerkung 'alles oder nichts' hämisch zurück. Um nun nicht das Gesicht zu verlieren und sich der Lächerlichkeit preiszugeben, um von der "Westberlin-Frage" abzulenken, inszinierten die Sowjetrevisionisten - abgestimmt auf die Bundesversammlung am 5. März - am 2. März die blutige Aggression am Ussuri.

2. Versuchen die Sowjetrevisionisten seit Jahren ein sogenanntes Welttreffen der Kommunistischen (sprich revisionistischen) Parteien zustandezubringen, auf dem sie eine Verurteilung der Volksrepubliken China und Albanien erreichen wollen. In schöner Regelmässigkeit sind diese Versuche bisher in die Hose gegangen. Fiel es den sowjetischen Sozialimperialisten schon schwer, ihre revisionistischen Partner zum Einmarsch in die Tschechoslowakei zu bewegen und für diesen aggressiven Akt auch noch Zustimmung zu erhalten, so fällt ihnen dies im Hinblick auf die Volksrepublik China noch viel schwerer. Somit ist die in faschistischer Art angelegte Provokation am Ussuri ein Teil ihrer Vorbereitungen für die zum 5. Juni geplante Konferenz der revisionistischen Parteien in Moskau.

3. Ist der Angriff auf chinesisches Hoheitsgebiet am Ussuri, ist das Blut der gefallenen Soldaten der Volksbefreiungsarmee Chinas die Morgengabe, die die Breschnew-Kossygin-Clique dem neuen Machthaber im Weißen Haus, Nixon anbietet? Bereits am 17.2. fanden in Washington Geheimverhandlungen zwischen dem Botschafter der UdSSR, Dobrynin und Präsident Nixon statt, von denen es hieß, daß sie sehr fruchtbar waren. Wie fruchtbar, merkte man 14 Tage später am Ussuri.

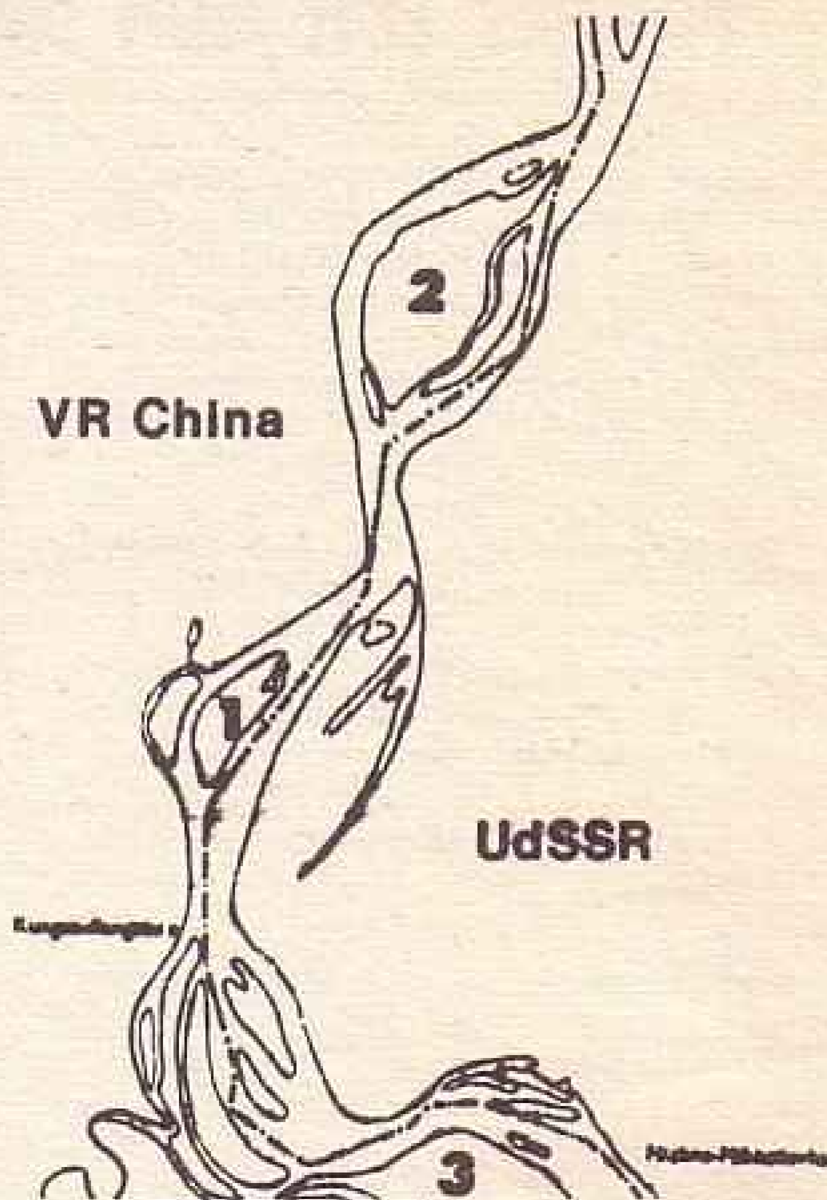
Durch diesen Überfall, den offenen Angriff auf chinesisches Hoheitsgebiet, ist die Politik der neuen Zaren im Kreml in ein neues Stadium eingetreten. Immer offener wird die imperialistische Gewaltpolitik der sowjetrevisionistischen Renegatenclique, die diese auch noch mit der These von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten zu untermauern versucht. Seit Jahren zimmern sie schon mit den US-Imperialisten an einen Ring der Einkreisung Chinas. Zu diesem Zweck verbünden sie sich mit

allen in Frage kommenden reaktionären Regierungen und versuchen sie gegen China aufzuhetzen. So nahmen sie Verbindungen zu den Philippinen, Thailand und Malaysia auf, unterstützten die militaristisch-faschistische Suharto-Nasution-Clique auf Indonesien, an deren Händen das Blut Hunderttausender ermordeter Kommunisten klebt, mit Waffen - gestatten den japanischen Imperialisten das Überfliegen Sibiriens und luden die japanischen Monopole zur Erschließung ihres Landes ein. Selbst zu Taiwan (Formosa) stellten sie neuerdings Beziehungen her und propagieren in aller Öffentlichkeit die These der zwei Chinas.

Eine besondere Rolle bezüglich der Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China haben sie den indischen [redacted]tion ren zugedacht. Diese, die jährlich mehr als 10 Milliarden Rupien, über ein Drittel ihres Staatshaushaltes, für die Rüstung ausgeben, während Millionen in ihrem Land verhungern, werden großzügig mit Kriegsmaterial aller Art beliefert. Ganze Produktionsanlagen für die Herstellung von Mig-Kampfbombern wurden mit Hilfe der Sowjetrevisionisten erbaut, U-Boote und Mig-21-Düsenbomber geliefert. Erst kürzlich wurde ein Abkommen geschlossen, das die Lieferung von 175 AN-7-Jagdbombern vorsieht. Dafür gestatten ihnen die indischen Reaktionäre Luftbasen und Flottenstützpunkte auf ihrem Territorium zu errichten.

Wenn jetzt die Sowjetrevisionisten in ihren Hetzsendungen gegen die Volksrepublik China sogar mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, so zeigt das ihre grenzenlose Verkommenheit, ihren ungeheuren Verrat. Nicht der blutig mordende, die Völker unterdrückende, sozialistische staatenbombardierende US-Imperialismus ist für sie der Hauptfeind, sondern das sozialistische China. Aber was soll man von Kreaturen erwarten, die mit den US-Gangstern zwecks Aufteilung der Welt in Interessensphären gemeinsame Sache machen und alles tun, um in ihrem Land den Kapitalismus zu restaurieren.

Hier und heute ist der Zeitpunkt für jeden ehrlichen Marxisten-Leninisten, für jeden, der von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Befreiung überzeugt ist, die Trennung zu vollziehen. Die ruhmvolle Zeitepoche, die große Zeit Lenins und Stalins, da die Sowjetunion das Zentrum der revolutionären Weltbewegung war, ist vorbei. Die Macht in diesem Lande wurde von einer Clique revisionistischer Renegaten usurpiert. Wer sich heute Kommunist nennt, muß die Volksrepublik China als das Vaterland der Werktätigen ansehen. Tut er das nicht, beweist er damit, daß zwischen seinen Worten und Taten Abgründe klaffen. Wir müssen es immer wieder unseren Kollegen klarmachen: China verteidigt die Interessen der Werktätigen überall auf der Welt, auch die Interessen der Werktätigen der Sowjetunion. Wer nicht für die Volksrepublik China einsteht, hat nicht das Recht, sich "Kommunist" zu nennen.



1 Tschenpao-Insel (russisch: Damanski-Insel)

2 Chiliching-Insel

3 Kapotzu-Insel

Grenzverlauf gemäß Hauptschiffahrtskanal

Diese Skizze zeigt die Insel Tschenpao, die einwandfrei auf der chinesischen Seite des Ussuri liegt. Bei internationaler Verträgen gilt als Grenze zwischen den Staaten auf Flüssen die Schiffahrtslinie.

Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums:

Chenpao war stets Chinas Territorium

Peking, 10. März

Die Chenpao-Insel war stets Chinas Territorium.

Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums

Am 2. März 1969 sandte die sowjetrevisionistische Renegatenclique eine große Anzahl bewaffneter Soldaten aus, die schamlos auf die Chenpao-Insel im Ussuri (Kreis Hulin, Provinz Heilungkiang) China, eindrangen und auf unsere Grenzwachen im Patrouillendienst einen plötzlichen Angriff machten und viele von ihnen töteten oder verwundeten. Sie hat somit ein neues schweres Verbrechen gegen das chinesische Volk verübt und eine neue Blutschuld auf sich genommen. Die Soldaten und Zivilisten unseres Landes haben ihre tiefste Empörung darüber zu Hunderten von Millionen zum Ausdruck gebracht.

Nach diesem Zwischenfall macht die sowjetrevisionistische Renegatenclique jedoch aus Schwarz Weiß und verdreht Recht und Unrecht: Sie bezeichnet die chinesische Chenpao-Insel als Teil des sowjetischen Territoriums und das Eindringen der sowjetrevisionistischen bewaffneten Soldaten in chinesisches Territorium und deren Angriff gegen chinesische Grenzwachen als eine Überschreitung der sowjetischen Staatsgrenze durch chinesische Grenzwachen zum Angriff auf sowjetische Grenzsoldaten. Das ist barer Unsinn!

Die Chenpao-Insel ist schon immer chinesisches Territorium gewesen. Der „Chinesisch-russische Vertrag von Nipchu" vom 8. September 1689 setzte fest, daß die Flüsse Erhkuna und Gorbitza und die äußeren Khingan-Berge den östlichen Sektor der chinesisch-russischen Grenze bilden und daß die weiten Gebiete nördlich des Heilungkiang-Flusses, südlich der äußeren Khingan-Berge und östlich des Ussuri alle chinesisches Territorium sind. Der Ussuri, in dem die Chenpao-Insel liegt, war damals ein chinesischer Inlandsfluß. Während die alliierten britisch-französischen imperialistischen Truppen bei ihrer Aggression gegen China Tientsin angriffen und Peking bedrohten, nahm der zaristische russische Imperialismus die Gelegenheit wahr. Er zwang die Regierung der Ching-Dynastie mit Waffengewalt am 28. Mai 1858 zur Unterzeichnung des ungleichen „Chinesisch-russischen Vertrages von Aigun." Durch diesen Vertrag annektierte er über 600 000 Quadratkilometer chinesisches Territorium nördlich des Heilungkiang-Flusses und unterstellte ca. 400 000 Quadratkilometer chinesisches Territorium östlich des Ussuri dem gemeinsamen Besitz Chinas und Rußlands. Den militärischen Druck, der durch den britisch-französischen imperialistischen Aggressionskrieg gegen China und nach der Besetzung Pekings durch die britischen und französischen Aggressortruppen ausgeübt wurde, nutzte der zaristische russische Imperialismus ebenfalls aus. Er zwang die Regierung der Ching-Dynastie zur Unterzeichnung eines weiteren ungleichen Vertrages, des „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking" vom 14. November 1860. Durch ihn verleibte er Rußland das ganze chinesische Territorium östlich des Ussuri gewaltsam ein.

Wie Marx 1857 und 1858 aufzeigte, folgte auf den Opiumkrieg von 1840 **„das erfolgreiche Eindringen Rußlands von Norden her"** in China und Rußland **„ergriffen von den Ufern des Amurflusses Besitz** (Heilungkiang-Fluß – Übersetzer), **dem Geburtsland der gegenwärtigen herrschenden Rasse** (Manschu – Hrsg.) **in China."** Darüber hinaus zeigte Engels nach der Unterzeichnung des „Chinesisch-russischen Vertrags von Aigun" eindringlich auf: **„Als schließlich England damit beschäftigt war, den Krieg nach Peking zu tragen und Frankreich sich ihm in der Hoffnung anschloß, etwas zu seinen Gunsten einzuheimsen"** beraubte Rußland **„China eines Gebietes so groß wie Frankreich und Deutschland zusammen und eines Flusses so lang wie die Donau."** Lenin wies auch darauf hin, die Aufgabe der russischen imperialistischen Politik in Asien bestehe darin, **„sich ganz Persiens zu bemächtigen, die Teilung Chinas zu vervollständigen"**. Durch diese glänzenden Schlußfolgerungen enthüllten Marx, Engels und Lenin vollkommen den aggressiven und ungleichen Charakter des „Chinesisch-russischen Vertrages von Aigun" und des „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking", die der zaristische russische Imperialismus China auferlegt hatte.

Selbst gemäß dem ungleichen „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking" ist die Insel Chenpao unbestreitbar chinesisches Territorium. Der „Chinesisch-russische Vertrag von Peking" setzte fest: „Von der Flußmündung des Ussuri südlich bis zum Hsingkai-See verläuft die Grenzlinie entlang den Flüssen Ussuri und Sungcho. Das Land östlich dieser Flüsse gehört zu Rußland und das Land westlich dieser Flüsse gehört zu China." Nach den festen Grundsätzen des internationalen Rechts bildet bei schiffbaren Grenzflüssen die Mitte der Hauptschiffahrtsrinne die Grenzlinie, die über die Zugehörigkeit von Inseln entscheidet. Chenpao und die nahegelegenen Inseln Kapotzu und Chilichin liegen alle auf der chinesischen Seite der Mittellinie der Hauptschiffahrtsrinne [illegible] Ussuri und haben schon immer unter Chinas Hoheitsgewalt gestanden. Chinesische Grenzwachen haben schon immer diese Inseln abpatrouilliert und chinesische Bewohner haben schon immer auf diesen Inseln die Produktion betrieben. Während der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen im Jahre 1964 konnte die sowjetische Seite selbst nicht umhin zuzugeben, daß diese Inseln chinesisches Territorium sind.

Am 27. September 1920 erklärte die sowjetische Regierung unter Lenins Führung, daß „alle von der vorherigen russischen Regierung mit China geschlossenen Verträge null und nichtig sind und sie auf das ganze in Besitz genommene chinesische Territorium und alle russischen Konzessionen in China verzichten und China gratis und für immer all das zurückgibt, was die zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie China raubgierig entrissen hat." Dieses große Testament Lenins wurde nicht erfüllt, weil China damals von einer reaktionären Regierung beherrscht wurde.

Nach der Gründung der Volksrepublik China hätten die Grenzfragen zwischen China und der Sowjetunion vernünftig gelöst werden können. Die chinesische Regierung ist konsequent der Meinung, daß von der Geschichte offengelassene Grenzfragen durch Verhandlungen gelöst werden sollten und daß bis zu einer Regelung der Status quo der Grenze aufrechterhalten werden sollte. Die Regierung Chinas hat hintereinander von der Geschichte übriggelassene komplizierte Grenzfragen mit den benachbarten Ländern Burma, Nepal, Pakistan, der Mongolischen Volksrepublik und Afghanistan befriedigend gelöst. Die Grenzfragen zwischen China und der Sowjetunion und zwischen China und Indien sind jedoch ungelöst geblieben. Die chinesische Regierung hatte wiederholt mit der indischen Regierung über die chinesisch-indische Grenzfrage Verhandlungen, die jedoch von den indischen Reaktionären unterbrochen wurden. Im Jahre 1964 führte die chinesische Regierung Grenzverhandlungen mit der sowjetischen Regierung, in deren

Fortsetzung nächste Seite

Verlauf die chinesische Seite klarmachte, daß der „Chinesisch-russische Vertrag von Aigun", der „Chinesisch-russische Vertrag von Peking" und andere Verträge bezüglich der gegenwärtigen chinesisch-sowjetischen Grenze alle ungleiche Verträge sind, die der zaristische russische Imperialismus China auferlegte, als die Macht nicht in den Händen des chinesischen und des russischen Volkes lag. Veranlaßt von dem Wunsch, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk zu stärken, war die chinesische Seite jedoch bereit, diese Verträge als Grundlage zu nehmen, um den ganzen Verlauf der Grenzlinie zwischen den beiden Ländern zu bestimmen und alle bestehenden Fragen bezüglich der Grenze zu lösen; jede Seite, die in Übertretung der Verträge Territorium der anderen Seite besetzt hält, muß es grundsätzlich der anderen Seite ganz und bedingungslos zurückgeben. Dies schließt jedoch nicht notwendige Neuanpassungen an einzelnen Stellen der Grenze durch beide Seiten aus, auf der Grundlage der Verträge und gemäß den Prinzipien der Konsultation auf gleichberechtigter Grundlage und des gegenseitigen Einvernehmens und des gegenseitigen Entgegenkommens. Die sowjetische Seite weigerte sich jedoch, die obengenannten vernünftigen Vorschläge der chinesischen Seite anzunehmen. Sie lehnte es ab, die Verträge bezüglich der gegenwärtigen chinesisch-sowjetischen Grenze als ungleiche Verträge anzuerkennen und weigerte sich hartnäckig, diese Verträge als Grundlage für die Lösung der Grenzfrage zwischen den beiden Ländern zu nehmen. Die sowjetische Seite versuchte vergeblich, China zur Annahme eines neuen ungleichen Vertrages zu zwingen und so ihre Besetzung des chinesischen Territoriums in legaler Form zu verewigen, was sie durch die Überschreitung der durch ungleiche Verträge festgelegten Grenzlinie an sich gerissen hat. Dieser Großmachtchauvinismus und das Eintreten für territoriale Expansion der sowjetrevisionistischen Renegatenclique wurde von der chinesischen Seite streng verurteilt. Die chinesische Seite wies eindeutig darauf hin, daß die chinesische Seite gezwungen sein wird, ihre Haltung in Bezug auf die chinesisch-sowjetische Grenzfrage als Ganzes zu überprüfen, falls die sowjetische Seite hartnäckig bei diesem Standpunkt bleiben und es unerbittlich ablehnen sollte, die eingeschlagenen Wege zu bessern.

Die sowjetrevisionistische Renegatenclique hat sich nicht nur geweigert, die chinesisch-sowjetische Grenzfrage durch Verhandlungen zu lösen, sondern sie hat auch unablässig den Status quo der Grenze unterbrochen und Grenzzwischenfälle verursacht. Seitdem die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen durch die Sowjetrevisionisten sabotiert wurden und besonders seit Breschnew und Kossygin an die Macht kamen, schickte die sowjetrevisionistische Renegatenclique große Verstärkungstruppen an die chinesisch-sowjetische Grenze, verstärkte ihre Unterbrechung des Status quo der Grenze, besetzte noch weitere chinesische Territorien, führte bewaffnete Provokationen aus und schuf blutige Zwischenfälle. Sie wurde dazu von der konterrevolutionären Notwendigkeit veranlaßt, sich mit dem US-Imperialismus gegen China zu verbünden und die Aufmerksamkeit der russischen Bevölkerung abzulenken. Die Insel Chenpao zum Beispiel: allein während der verflossenen Zeiten in den über zwei Jahren zwischen 23. Januar 1967 und 2. März 1969 drangen sowjetische Grenzsoldaten 16 Mal in das chinesische Gebiet der Chenpao-Insel ein. Bei mehreren dieser Übergriffe verwundeten sie chinesische Grenzwachen im normalen Patrouillendienst und erbeuteten chinesische Waffen und Munition.

Der jüngste Zwischenfall, bei dem sowjetrevisionistische Soldaten in das chinesische Territorium der Insel Chenpao eindrangen, um bewaffnete Provokationen durchzuführen, hat den häßlichen Charakter der sowjetrevisionistischen Renegatenclique noch weiter enthüllt. Sie hat den Mantel des zaristischen russischen Imperialismus übernommen und verfolgt dessen sozialimperialistische Aggressionspolitik. Sie betrachtet jene Gebiete, die der zaristische russische Imperialismus einst besetzte, als die ihrigen und erhebt weitere Ansprüche auf die Gebiete, die der zaristisc' russische Imperialismus nicht besetzen konnte. So sind die neuen Zaren von heute.

Es ist absolut unzulässig, daß irgend jemand Chinas Souveränität und territoriale Integrität verletzt. **Wir werden nicht angreifen, wenn wir nicht angegriffen werden; wenn wir angegriffen werden, werden wir gewiß einen Gegenangriff durchführen.** Sollte die sowjetrevisionistische Renegatenclique an ihrem rücksichtslosen Kurs festhalten und weiterhin bewaffnete Grenzkonflikte provozieren, wird das chinesische Volk gemäß der Lehre unseres großen Führers, Vorsitzenden Mao, mit Gewißheit alle eindringenden Feinde **entschlossen, gründlich, gänzlich und vollständig** vernichten.

Aus den Landesverbänden

Auch im letzten Monat kam der Aufbau der KPD/ML auf Bundesebene gut voran. Neue Ortsgruppen der Partei wurden inzwischen in Hannover und Mannheim gegründet. Sie begannen sofort mit ihrer politischen Arbeit. So gab die KPD/ML Mannheim ein Flugblatt heraus, das sich gegen den Überfall der Sowjetrevisionisten auf die Volksrepublik China richtete. Ein gleiches Flugblatt wurde sofort nach dem Überfall vom Landesverband Nordrheinwestfalen herausgegeben und im Schneeball-System verbreitet. Dadurch wurde erreicht, daß die Öffentlichkeit umgehend und aktuell unterrichtet wurde. Ein weiteres Flugblatt "Hände weg von China" erschien zentral in hoher Auflage und wurde von den einzelnen Orts- und Kreisverbänden der KPD/ML verbreitet. In Westberlin erschien die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Jugendzeitschrift Rote Garde. In Hamburg gab die Rote Garde eine Grundsatzerklärung heraus.

+ + +

Hinweis: Genossen, um umfassend informiert zu sein, bitten wir Euch, von allen auf örtlicher Ebene erscheinenden Veröffentlichungen jeweils 3 Exemplare an die Adresse des ROTEN MORGEN, Hamburg, zu schicken.

Der Staat, in dem wir leben

Arbeiterkinder Fehlanzeige

Immer noch studieren an unseren Hochschulen nur 5,8 % Arbeiterkinder. Ihr Anteil stieg zwischen 1963 und 1968 nur um knapp 1 %. In der DDR sank der Anteil der studierenden Arbeiterkinder in den letzten Jahren unter 40 %, während sich die Zahl der studierenden Kinder der neuen Bourgeoisie, der Wirtschafts-, Staats- und Parteifunktionäre rapide erhöhte.

Bannkreise

"Richternötigung" soll als neuer Straftatbestand eingeführt werden. Außerdem soll in Zukunft ein Bannkreis um jedes Gericht errichtet werden, in dem jede öffentliche Versammlung verboten ist. Die westdeutsche Klassenjustiz hat Angst vor ihrer Entlarvung.

Unterschoben?

In einem für jedermann zugänglichen Raum im Gebäude, in dem sich die Westberliner Kommune I befindet, wurde von der Polizei angeblich ein selbstgefertigter Sprengkörper entdeckt. Daraufhin wurden Dieter Kunzelmann und Rainer Langhans verhaftet. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Polizei den Sprengstoff dort selbst deponierte, um einen Vorwand für die Verhaftung zu haben.

Besoffen: Befördert

Arbeiter, die betrunken zur Arbeit erscheinen, werden in der Regel fristlos entlassen. Besonders gilt dies, wenn es sich um die Interessen ihrer Kollegen vertretende Arbeiter handelt. Anders ist die Lage, wenn es um Diener der herrschenden Klasse geht. So wurde ein Beamter in leitender Stellung beim Hessischen Landratsamt, der in der Regel besoffen in seinem Büro aufkreuzte, befördert. Begründung: Die Beförderung solle "Ansporn zu einem untadeligen Lebenswandel sein, wie er einem ranghohen Beamten geziemt."

Gleich und gleich

Daß das Regime der Bundesrepublik nicht nur prä-, sondern faschistische Züge trägt, wird deutlich in seinem Umgang mit "befreundeten Mächten". Während in Spanien blutiger faschistischer Terror gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter und Studenten herrscht, verleiht die Bundesregierung das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik an den Francofaschistischen Informationsminister Fraga Iribarne.

Angesichts dieser Haltung kann es auch nicht verwundern, daß der Referent des Bundesarbeitsministeriums, Bünger, Rentenleistungen an die Söldner der faschistischen "Legion Condor" mit dem Hinweis rechtfertigt: "Der spanische Bürgerkrieg diente zur Erprobung der Kampfkraft deutscher Truppen und des Kriegsmaterials im Hinblick auf den späteren zweiten Weltkrieg", andererseits aber Renten an Angehörige der gegen die Franco-Faschisten kämpfenden Interbrigaden ablehnt, da hier ähnliche Kriterien nicht gegeben seien.

Liebe Leser, Genossinnen, Genossen!

Die Entscheidung ist gefallen. Die Mehrzahl unserer Bezieher hat sich für die Erhöhung des Preises des ROTEN MORGEN auf 40 Pfennig bei 16 Seiten Umfang ausgesprochen. Damit erhöht sich der Jahresbezugspreis einschließlich Porto von 5,-- DM auf 7,40 DM. Wir möchten alle, die den ROTEN MORGEN im voraus bezahlt haben, bitten, die DM 2,40 auf unser Postscheckkonto: Hamburg Nr. 26 27 67 zu überweisen. Überhaupt, Geld ist es, was uns am meisten fehlt. Jedes Werbeexemplar kostet Geld. Die Werbung neuer Leser trägt aber dazu bei, die Auflage zu erhöhen und dadurch unserem Ziel, der technischen Verbesserung der Zeitschrift und einer öfteren Erscheinungsweise näherzukommen. Tragt dazu bei, indem Ihr neue Leser gewinnt und uns mit Geldspenden (es können auch Briefmarken sein) unterstützt.
Demnächst wird die erste Ausgabe der Theoretischen Zeitschrift der KPD/ML "KOMMUNIST" erscheinen. Wir bitten Interessenten schon heute ihre Bestellung aufzugeben. Der Einzelpreis des Heftes wird voraussichtlich bei DM 1,-- liegen.

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Tatsachen über die Herrschenden

1,7 % der Bundesbürger verfügen über 70 % des gewerbl. Kapitalvermögens (Produktionsmittel)

5 % aller Aktionäre besitzen 75 % des Aktienkapitals

In 75 Wirtschaftsbereichen vermutet das Bundeskartellamt marktbeherrschende Unternehmen (d.h. Preisabsprachen unter den Unternehmern).

70 direkte Vertreter der Großwirtschaft sitzen im Bundestag.

Die deutschen Banken besetzen 75 % aller Aufsichtsratsposten der Kapitalgesellschaften. Die 3 Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) stellen über 50 % aller Aufsichtsratsmitglieder.

Allein durch Scheinfirmen im Ausland werden jährlich ca. 1 Milliarde DM (lt. Hessisch. Wirtschaftsminist.) an Steuern unterschlagen!

Einkommen:

Oberst der Bundeswehr:	2.500,-- DM	Grundgehalt
Polizeipräsident (v. Berlin-West):	4.300,-- DM	Grundgehalt
Chef des Geheimdienstes (BND):	4.400,-- DM	Grundgehalt
Abgeordneter des Bundestages:	2.740,-- DM	Diäten + Sitzungsgeld + Büro (Bahn- und Flugzeugbenutzung frei)
insgesamt:	5.240,-- DM	(alles steuerfrei u. unpfändbar)
Verteidigungsminister Schröder:	15.000,-- DM	monatlich

Axel Springer zahlt seinem Generalbevollmächtigten jährlich 1,2 Mill. DM.

Neckermann (Vater u. Sohn) verdienen pro Jahr 2,8 Mill. DM.

Playboy Arndt Krupp erhält 2 Mill. DM jährlich für Nichtstun, seit der Steuerzahler die Firma Krupp vor dem Zusammenbruch gerettet hat!

Vermögensmilliardäre:

Friedrich Flick, Thyssen, Bosch, Quandt, Röchling, Siemens, Stumm (Kühlmann-Stumm FDP)

1968:	Anstieg der Unternehmergewinne um	30 %
"	der Löhne um	2,8 %



"Schützt euch selbst, kauft Waffen", jammerte die BILD-Zeitung am 17.3., "unsere Kripo ist verbittert", sie schafft es nicht mehr, der steigenden Kriminalität Herr zu werden. Vor acht Jahren gab es in der Bundesrepublik 15 000 Kriminalpolizisten. Inzwischen haben sich die Verbrechen verdreifacht. Aber es gibt nur 10 % mehr Kriminalbeamte. Höchstens 30 % aller Verbrechen werden noch aufgeklärt. Von 100 Wirtschaftsverbrechen nur zwei.

Tatsachen über die Beherrschten

1965 betrug der durchschnittliche Verdienst aller Arbeiter und Angestellten DM 642,--.

1965 verdienten 70 % aller Arbeitnehmer unter 800,-- DM.

Durchschnittsrente 1966: (monatlich)	Angestellte	408,90 DM	(Altersruheg.)
	Arbeiter	242,80 DM	"
	Angestellte	263,60 DM	(Invalidenrente)
	Arbeiter	183,90 DM	"
	Angestellte	241,90 DM	(Witwenrente)
	Arbeiter	167,50 DM	"

In der BRD leben 2 Millionen Sozialhilfe-Empfänger

In der BRD leben 300.000 Obdachlose

40 % aller Rentner erhalten weniger als 300,-- DM Rente

2,7 Mill. Kriegsopfer u. Hinterbliebene erhalten:

a) 150,-- DM Witwengrundrente

b) bei 30 % Erwerbsminderung 53,-- DM Grundrente

c) bei 40 % Erwerbsminderung 70,-- DM Grundrente

d) " 100 % Erwerbsminderung 270,-- DM "

Die durchschnittliche Miete stieg von 1964 bis 1967 um ca. 50 Prozent

Der soziale Wohnungsbau ist v. 1961 bis 1967 v. 42,8 % auf 30,5 % gesunken!

1963 waren in der BRD 600.000 Kinder unter Pflegeaufsicht

1 Million unter Vormundschaft

65.000 in Erziehungsheimen der Fürsorge

375.000 werden formlos betreut

1,7 Millionen = 10 % aller Jugendlichen sind Opfer der kapitalistischen Gesellschaft!

Bertold Brecht: "Es werden größer werden die Besitztümer der Besitzenden und das Elend der Besitzlosen, die Reden der Führer und das Schweigen der Geführten!"

Abgesehen davon, daß das, was sie als Verbrechen bezeichnen, in der Regel die direkten Folgen der kapitalistischen Wirtschaft sind, daß der Kapitalismus geradezu Verbrechen züchtet, wieso fehlen ihnen die Beamten? Allein 8000 Polizisten wurden zum Schutze Nixons anläßlich dessen Besuch in Westberlin aufgeboten. Die gleiche Anzahl schützte zwei Wochen später schwer bewaffnet die Bundespräsidentenwahl. Dort, wo es darum geht, gegen Demonstranten der außerparlamentarischen Opposition vorzugehen, sind Beamte mehr als reichlich vorhanden.

Das soll jedoch nicht heißen, daß wir unbedingt etwas gegen die Springerlosung "Kauft euch Waffen" hätten. Nur Waffen dienen eben ganz verschiedenen Zwecken. In den Händen der Ausbeuter und ihrer bewaffneten Staatsorgane dienen sie zur Unterdrückung des Volkes - in den Händen der Arbeiter, der werktätigen Massen, sind sie notwendig zu deren endgültiger Befreiung vom Joch des Kapitalismus.

Zu alt mit 45

Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft eine Ware. Sie ist der einzige Besitz der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten. Sie müssen sie täglich an die Unternehmer, an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen. Daran hat sich trotz allem Sozialpartnerschaftsgerede nichts geändert und wird sich auch nichts ändern, bevor nicht das kapitalistische Herrschaftssystem restlos zerschlagen ist und an seiner Stelle der Sozialismus errichtet wurde.

Da nun die Kapitalisten ständig nach höchsten Profiten streben, versuchen sie die Arbeitskraft so billig wie möglich einzukaufen. Die von den Arbeitern und Angestellten erbrachte Leistung wird im Verhältnis zu den entstehenden Lohnkosten gesetzt. Abgebaut, entlassen wird dort, wo dieses Verhältnis für die Unternehmer ungünstig ist. Dies aber ist in erster Linie bei älteren Arbeitern und Angestellten der Fall. Drei Gründe werden von den Unternehmern genannt, die sie veranlaßten, auf ältere Mitarbeiter trotz deren Erfahrung zu verzichten:

1) mit zunehmendem Alter fällt es schwerer, sich den nahezu pausenlosen innerbetrieblichen Umstellungen anzupassen.
2) an ältere Angestellte sind in der Regel hohe Gehälter zu zahlen, damit liegen auch die Soziallasten der Betriebe hoch.
3) der Ältere ist anfälliger für Krankheiten.

Junge Arbeitskräfte stellen dagegen geringe Gehalts- und Urlaubsansprüche und sind den nervlichen und körperlichen Belastungen der ständig steigenden Ausbeutung in den Betrieben besser gewachsen.

Die Folgen: Brutaler Rausschmiss der älteren Kollegen. Vier Fünftel aller registrierten Arbeitslosen sind älter als 45. Für sie besteht kaum noch die Chance, je wieder Arbeit zu finden. Besonders stellt sich dieses Problem bei Älteren, teilweise hochqualifizierten Angestellten. Schaut man sich die Stellenangebote in den Zeitungen an, so findet man als Höchstgrenze für Neueinstellungen in der Regel das Alter von 35 Jahren. Der Trend geht nach unten.

Aber auch für die Arbeiter wird es im Alter von über 45 Jahren immer schwerer, noch Arbeit zu finden. Automation und Rationalisierung lassen jährlich tausende von Arbeitsplätzen überflüssig werden. Die Jungen können bleiben, die Alten müssen gehen.

Die herrschende Klasse, die Monopolbourgeoisie, weiß sehr wohl, welches Problem, sollte sich zu der Rationalisierung noch eine Krise gesellen, da auf sie zu kommt und trifft schon heute alle erdenklichen Abwehrmaßnahmen. So sollen in Zukunft - teilweise wurde es schon eingeführt - Arbeitslose nicht mehr "stempeln" gehen müssen. Das Arbeitslosengeld bzw. die Bettelpfennige der Arbeitslosenhilfe sollen bargeldlos zugestellt, d.h. überwiesen werden. Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Auf den Stempelstellen, wo die Arbeiter und Angestellten regelmässig zusammenkamen, gab es gute Möglichkeiten der Agitation. Jetzt will man die Arbeitslosen isolieren, damit sie keinen Kontakt untereinander aufnehmen und sich organisieren können.

Hand in Hand mit der Bürokratie arbeitet die Presse der Monopolbourgeoisie. So versuchen beispielsweise die Springer-Zeitungen das Problem von der Ebene des Klassenkampfes auf einen alt/jung-Konflikt zu verlegen. Nicht die profitgierigen Unternehmer sind schuld, sondern die Jungen, die den Älteren die Arbeit fortnehmen. Das "Hamburger Abendblatt" vom 2.3.69 spricht von der "Diktatur der Jugend" und rät den Erwachsenen zum Aufstand. Wörtlich:

"Doch allmählich beginnen die Erwachsenen sich gegen die Diktatur der Jugend, deren äußerster linker Flügel sogar die Revolution will, zu wehren. Sie machen keine Revolution, sie gehen für ihr Recht nicht auf die Straße. Aber sie beginnen aufzustehen, wenn junge Rebellen mit Gewalt und Terror die Demokratie gefährden wollen, die die älteren schufen".

Die "Demokratie" also, die ihnen die Arbeitslosigkeit bescherte, die sie ab 40 zum alten Eisen wirft. Das ist übelste Springer-Hetze, das ist Aufforderung zum Pogrom.

Wir Marxisten-Leninisten haben die Aufgabe, uns aktiv um diese älteren Kollegen zu kümmern. Die Monopolbourgeoisie rechnet mit 4 % Arbeitslosen, die sie verkraften kann und die sie als Druckmittel gegen die im Arbeitsprozeß Stehenden braucht. Wir werden ihr die Suppe versalzen. Die aus dem Arbeitsprozeß vorzeitig Ausgeschiedenen müssen sich organisieren und den Kampf aufnehmen. Sie müssen sich mit der revolutionären Jugend verbinden. Diese Gesellschaft hat ihnen nichts mehr zu bieten. Besser die Machtpositionen der herrschenden Klasse im revolutionären Kampf zerschlagen, als die letzten 30 Jahre des Lebens ohne Weg und Ziel dahinzuvegetieren.

Sowjetunion auf kapitalistischem Kurs

50 Jahre nach der Oktoberrevolution

... führt die sowjetische Jugendzeitschrift "Molodei Kommunist" Klage darüber, daß in Gorki, der mit 1,2 Millionen Einwohnern siebtgrößten Stadt der Sowjetunion, rund 60 Prozent aller Kleinkinder kirchlich getauft worden seien. - Sollten die Sowjetrevisionisten noch länger herrschen, dürften es bald 70 oder gar 80 Prozent sein.

+

In der Sowjetunion sind Kindertagesstätten so knapp, daß sich "beträchtlich mehr" Frauen zu einer Abtreibung als zu einer Geburt entschlössen, schrieb die "Literaturnaja Gasjeta". In der 7-Millionenstadt Moskau gibt es dem Bericht der Zeitung zufolge nur drei Kleinstkindergärten und im Landesdurchschnitt bestehen Horte nur für 23 Prozent der kleineren und größeren Kinder.

+

Im Zuge des "neuen Wirtschaftssystems" beschleunigt sich in der Sowjetunion die Restauration des Kapitalismus. Dies drückt sich auch auf dem Gebiet der Werbung im Sinne der Lenkung von Angebot und Nachfrage aus. In der Moskauer Abendzeitung "Wjetschornaja Moskwa" können Sowjetbürger für 9 Kopeken pro Buchstabe ihre Dienste anbieten. "Wenn sie schön sein wollen, dann erwartet sie der höchstmoderne und bequeme Salon, 'Zauberin'". Konkurrenzkampf ist Trumpf. Wer wirbt hat mehr Kunden und erzielt höheren Gewinn.

Wie zum Hohn für Millionen Sowjetbürger flimmert es auch neuerdings von der Mattscheibe: "Verbringen Sie diesen Sommer in Yalta, damit Sie im nächsten Winter besser arbeiten können." Und offen schrieb kürzlich eine sowjetische Literaturzeitschrift: "Wir können eine Menge von den Amerikanern lernen ... ohne Werbung wären auch die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, alle Produkte zu konsumieren, die sie produzieren." Auch ausländischen Firmen wird jetzt die Einschaltung von Werbespots im sowjetischen Fernsehen gestattet und Dimitri Beckleshov wurde nach New York geschickt, um die Technik der großen Werbeagenturen in der Madison Avenue zu studieren.

Verboten bleibt lediglich wie bisher den Hunderttausenden sowjetischen Arbeitslosen, ihre Arbeitskraft per Anzeige auf dem freien Markt anzubieten.

+

Auch die kapitalistische Sitte des Trinkgeldgebens, dieses Almosenanbieten, das den Lakaiengeist züchtet, wird in der Sowjetunion wieder eingeführt. Die "Literaturnaja Gaseta" begründet die Einführung damit, das Nichtgeben von Trinkgeldern habe dazu geführt, daß ein Mangel an Babysittern, Fliegerinnen und anderem Dienstpersonal herrsche. Abhilfe würde hier ein Bonus für gute Dienstleistungen, eben ein Trinkgeld, schaffen. - Fröhlich weiter auf dem Weg der allseitigen Restauration des Kapitalismus.

Kalter Kaffee neu aufgewärmt

ZUM SYSTEM DER EUROPÆISCHEN SICHERHEIT

Die sowjetrevisionistische Führungsclique sieht ihren Hauptfeind schon seit Jahren nicht mehr im aggressiven US-Imperialismus, sondern im heutigen Zentrum der Weltrevolution, der Volksrepublik China. In panischer Angst, daß ihr die Bevölkerung aller Länder auf die Schliche kommen und den ungeheuren Verrat, den sie am Marxismus-Leninismus begingen, erkennen könnte, versucht sie Manöver um Manöver, um aus der Sackgasse, in die sie sich verrannt hat, herauszukommen. Eines dieser Betrugsmanöver ist der Vorschlag der Errichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, den sie anläßlich des Gipfeltreffens der Warschauer Paktstaaten am 17.3.69 wieder einmal aus der Schublade holten.

Was unterscheidet diesen Vorschlag nun von den am 8.7.66 in Bukarest und am 13.4.67 in Karlovy Vary gemachten? Nichts wesentliches, nur - und das ist bezeichnend - daß die üblichen verbalen Angriffe auf die westdeutschen Revanchisten und Militaristen fallengelassen wurden. Man spricht nur noch von aggressiven Kräften, die die Ergebnisse des II. Weltkrieges verändern möchten und denen es zu begegnen gilt durch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit. Wörtlich: "Echte Sicherheit und dauerhafter Frieden können nur gewährleistet werden, wenn ... die europäischen Staaten auf gesamteuropäischer Grundlage allseitig zusammenarbeiten."

Da haben wir wieder ihren ganzen antimarxistischen und anti-leninistischen Blödsinn. Als wenn Frieden und Sicherheit gewährleistet werden können durch allseitige europäische Zusammenarbeit. Als wenn nicht der Imperialismus, die Dschungelgesetze des Kapitalismus, Krieg um Krieg gebären. Als wenn man den Frieden durch die Springer-Parole "Seid nett zueinander" erhalten könne und nicht durch den Kampf zum Sturz der Monopolbourgeoisie, die Zerschlagung des Kapitalismus, der die Ursache der Kriege ist. Deshalb fehlt in ihrer Erklärung auch jeder - und sei es bloß ein demagogischer - Aufruf der Werktätigen zum revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten.

Weshalb aber holten die Sowjetrevisionisten gerade zum jetzigen Zeitpunkt ihren alten Vorschlag von dem System der europäischen Sicherheit wieder aus der Mottenkiste? Dafür gibt es mehrere Gründe. Der Hauptgrund jedoch ist: Sie wollen sich und ihren Blutsbruder, dem US-Imperialismus, freie Hand in Asien, freie Hand zur Einkreisung Chinas, freie Hand zum Unterdrückungsfeldzug gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika schaffen. Deshalb schmieren sie der westeuropäischen Monopolbourgeoisie Honig um den Bart und fordern sie zur allseitigen Zusammenarbeit auf. Versuchen sie ihr die Angst vor der Revolution auszutreiben, indem sie friedliche Koexistenz im Sinne der Klassenversöhnung praktizieren.

Freie Hand erhalten sie nur, wenn es ihnen gelingt, die europäischen Völker vom revolutionären Kampf gegen den europäischen und Weltkapitalismus, gegen den US-Imperialismus abzuhalten. Deshalb ihr "Frieden um jeden Preis" zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, zwischen Revolution und Konterrevolution. Deshalb die Rolle, die die zum Revisionismus entarteten "kommunistischen" Parteien Westeuropas spielen. Die KPF, die im Frühjahr vergangenen Jahres die Herrschaft ihrer Monopolbourgeoisie rettete, die DKP, die ihre Mitglieder zum Ostermarsch aufruft, ihr unverbindliches Frieden und Demokratie in die Botanik zu murmeln.

Aber noch ein anderer Grund treibt die Sowjetrevisionisten. Mit Hilfe der Formeln "Europäische Sicherheit" suchen sie die Beziehungen zu den kapitalistischen Mächten Europas zu festigen, den Prozeß der Integration des Sozialismus mit dem Kapitalismus zu fördern und mildernde Umstände für die Restauration des Kapitalismus, die in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern vor sich geht, zu sichern. Die Führer der SU und der anderen revisionistischen Staaten denken, daß ihre Politik

der Konzessionen und der Kapitulation vor den kapitalistischen Staaten Europas genügend Bürgschaftsproben geliefert hat, und sie sind entschlossen, auf diesem Weg mit allen Kräften weiterzueilen.

Angesichts dieser völligen Abkehr von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, haben alle Marxisten-Leninisten und alle wirklichen Revolutionäre die Pflicht, eine klare Trennungslinie zwischen sich und den revisionistischen Renegaten, welche durch ihren Verrat und ihre Komplotte sich außerhalb der anti-imperialistischen Front, außerhalb der internationalen Kommunistischen Bewegung gestellt haben, zu ziehen. Am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution trennte sich Lenin entschlossen von den russischen Sozial-Opportunisten und von der verräterischen I. Internationale und führte einen tapferen, offenen Kampf gegen sie. Diese wichtige revolutionäre Maßnahme war eine Grundbedingung und Garantie für den Sieg der Revolution. Das sollte für uns eine unvergessene Lehre sein.

THEATERDONNER

Verrat an den Interessen der Bevölkerung der DDR

Groß tönten die Sowjetrevisionisten und ihre Handlanger in Ostberlin, man werde die geplante Bundespräsidentenahl am 5. März in Westberlin, diese Provokation, diese Anmassung, zu verhindern wissen. Sollte sie dennoch abgehalten werden, hieß es in einer Note aus Moskau, werde dies "äußerst unerwünschte Folgen"haben.

Das war am 17.2.69. Am gleichen Tage konferierte in Washington der US-Präsident Richard Nixon mit dem sowjetischen Botschafter Anatolie Dobrynin längere Zeit. Dann war man sich einig. Der Pressesekretär des Weißen Hauses, Ronald Ziegler, erklärte im Anschluß an die Zusammenkunft: "Das Treffen war sehr konstruktiv."

Worüber man sich einig war, zeigten die Ereignisse der folgenden Wochen: Die Herren im Kreml versprachen sich angesichts der Provokation der westdeutschen Imperialisten durch die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin Zurückhaltung aufzuerlegen und es bei papiernen Protesten bewenden zu lassen.

Bereits kurz nach dem Gespräch Nixon/Dobrynin gaben US-Regierungskreise bekannt, es werde wegen der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin keine Krise geben. Nixon selbst erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, daß "die Sowjets ihren Einfluß aufbieten werden, um die gegenwärtige Berlin-Krise zu dämpfen."

Dennoch drohte man weiter. Am 22.2.69 verkündete DDR-Verteidigungsminister Hoffmann, daß die Warschauer Pakt-Staaten gemeinsame Maßnahmen gegen die geplante Bundespräsidentenwahl ergreifen würden. Und noch am 2.3. hieß es aus Moskau bezüglich des Luftverkehrs nach Westberlin: Wir garantieren für nichts.

In Bonn gab man sich derweilen gelassen und lehnte selbst das Angebot einer Passierschein-Regelung ab. Wußte man doch, daß die Sowjetrevisionisten es nie und nimmer auf einen Konflikt mit ihrem Partner, dem US-Imperialismus, ankommen lassen würden. Und so geschah es denn auch. Große Klappe, nichts dahinter. Die Sowjetrevisionisten erwiesen sich wieder einmal als Papiertiger und verrieten die Interessen der Bevölkerung der DDR.

Wie hatte es noch am 11. Juni 1960 im "Deutschlandmemorandum" der Sowjetunion geheißen:

"Von der realen Einschätzung der Lage ausgehend, tritt die Sowjetregierung für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Die Frage des Friedensvertrages ist die Frage der nationalen Sicherheit der UdSSR und vieler anderer Staaten. Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen dürfte, ist bereits vorbei, alle Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages sind längst herangereift, und ein solcher Vertrag muß abgeschlossen werden ... sollten aber die USA kein Verständnis für die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages aufbringen, dann würden wir dies bedauern, da wir einen Friedensvertrag, den weiter hinauszuschieben unmöglich und gefährlich wäre, nicht mit allen Staaten, sondern nur mit denen unterzeichnen müßten, die ihn unterzeichnen wollen."

Was ist von all den großen Worten geblieben? Nichts! Was interessiert den sowjetischen Sozial-Imperialisten die nationalen Interessen der Bevölkerung

der DDR? Einen Dreck! Sie wären auch bereit, sie meistbietend ihren imperialistischen Verbündeten in den USA zum Opfer zu bringen.

TERRORPRAXIS SDAJ

Wo die Argumente fehlen, bedient man sich in faschistischer Manier der Gewalt. Das ist die Praxis der Revisionisten in der DKP und ihrer Jugendorganisation der SDAJ. Doch nicht der Gewalt gegenüber dem Klassengegner, die wird tunlichst vermieden, sondern der Gewalt gegenüber Marxisten-Leninisten.

Anfang Februar besuchten mehrere Genossen des Sozialistischen Lehrlingszentrums Hamburg die Eröffnungsfeier des "Politischen Clubs" 4/5 der SDAJ-Gruppe Horn/Billstedt. In der Annahme, es würde über Politik diskutiert, versuchte einer der Lehrlinge über das Mikrofon zu sprechen und ein Flugblatt zu verlesen. Er wurde mit Gewalt von SDAJ-Funktionären daran gehindert. Bei dem entstehenden Handgemenge wurde das Mikrofon leicht beschädigt. Trotzdem bildeten sich im Laufe des Abends mehrere Diskussionsgruppen. Als später nach kapitalistischer Manier eine Versteigerung stattfand, verloren einige junge SDAJler den letzten Glauben an diese Gruppe, erklärten ihren Austritt und zwei von ihnen verbrannten ihre Ausweise. Daraufhin stießen die SDAJ-Funktionäre wilde Beschimpfungen und Drohungen aus.

Die Drohungen machten sie wahr, als die sozialistischen Lehrlinge und die ausgetretenen Genossen später das Lokal, ein Hausboot, verließen und - um sich gegen weitere Aggressionen seitens der SDAJ zu schützen, eine Eisenplatte anhoben, die das Hausboot mit dem Ufer verband. 20 SDAJler folgten ihnen, griffen sich den Genossen, der seinen Ausweis verbrannt hatte, schlugen ihn zusammen und warfen ihn ins schmutzige eiskalte Wasser. Als er sich gerettet hatte, wurde er ins Clubhaus zurückgeschleift, wo man fünf Minuten auf ihn einschlug. Ein anderer sozialistischer Lehrling wurde bewußtlos geschlagen, wobei die aufgebrachten Revisionisten riefen: "Ertränkt die Sau! Schlagt das Anarchistenschwein tot!"

Die anrückende, von den Revisionisten alarmierte Polizei stellte die Personalien der Mißhandelten fest und sagte, daß man gegen sie eine Anzeige wegen Sachbeschädigung (die angehobene Eisenplatte und das Mikrofon) stellen werde. Auf die Bemerkung, daß einer der Gruppe ins Wasser geworfen worden sei, erklärten die Bullen lakonisch: "Wenn er noch drin ist, wird er nach drei Tagen schon wieder auftauchen!"

Hier zeigt sich deutlich, wer wessen Verbündete sind. DKP-, SDAJ-Funktionäre und Polizei. Der herrschenden Klasse sind eifrige Helfer zugewachsen, die selbst vor Mordanschlägen auf Arbeiterjungen und Lehrlinge nicht zurückschrecken.

LOB DER DIALEKTIK

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der
Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt
beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt?
An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls
an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der
aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger
von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!

BB

Ein Gruß unserer afrikanischen Genossen

Nachstehende Grußadresse sandte uns ein zur Zeit in Westdeutschland weilender malinesischer Klassenbruder im Auftrag seiner marxistisch-leninistischen Genossen.

Liebe Genossen!

Anläßlich der Geburt der Marxistisch-Leninistisch-Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD/ML) möchte ich gern einen ganz bescheidenen Beitrag zu der so großartigen Leistung beisteuern, wie es die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei im Zeitalter Mao Tse-tungs ist. Genossen, Ihr dürft überzeugt sein, daß diese Gründung als Datum in die Geschichte des Marxismus-Leninismus eingehen wird. Bei der Gründung dieser revolutionären marxistisch-leninistischen Partei setze ich in diese bereits im voraus mein Vertrauen, und ich weiß ihren revolutionären Wert richtig zu würdigen.

Liebe Genossen, kaum daß Eure Arbeiten zum Ende gekommen sind und Eure Partei auf festen Füßen steht, wird sie bereits in die Kampfbahn des Marxismus-Leninismus eintreten und gegen die Bastionen des amerikanischen Imperialismus und des Chruschtschow-Revisionismus anstürmen, deren Lieblingskinder die Bonner Revanchisten sind. Eurer Marxistisch-Leninistischen Partei im Zeitalter Mao Tse-tungs, welche auch die unsrige ist, übermittle ich den Gruß und die revolutionäre Unterstützung aller afrikanischen Kameraden.

Wie nobel ist Eure ungeheure Aufgabe in diesem dritten herulischen Meer, welches die Bundesrepublik Deutschland ist. Wie Ihr schon wißt, schicken sich die Bonner Revanchisten an, die dritte Position, unmittelbar nach den Wällstreet-Yankees und den neuen sozialimperialistisch-zaristischen Herren des Kreml, einzunehmen, bei der Unterdrückung vor allem der deutschen Arbeiterklasse. Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt im Zeitalter Mao Tse-tungs her sind diese raubgierigen Blutsauger nur Papiertiger, deren Tage wirklich schon gezählt sind. Eure neue marxistisch-leninistische Partei an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse wird Euch in die Lage versetzen, sie bis zu ihrem innersten Schlupfwinkel zurückzudrängen und niederzuwerfen. Dies ist nur dann möglich, wenn sich die gesamte Arbeiterklasse unter Eurer oberen Leitung zusammenschließt, die Ihr nach dem Willen von Marx und Engels ausübt. Es ist wahr, Genossen, daß Euch harte Stunden bevorstehen, bei der ungeheuren Aufgabe, die auf Euch wartet, aber gestützt auf die Arbeiter- und Bauernklasse sowie mit der Unterstützung aller im Kampf befindlichen Völker werdet Ihr diesen ganzen Salat von Eurem Weg hinwegfegen, denn Ihr seid außerdem mit dem mit dem Marxismus-Leninismus im Zeitalter Mao-Tsetungs gerüstet. Was Eure Feinde angeht, die auch die unsrigen sind, so sind sie bewaffnet mit solchem Ausschuß wie dieser unheilvollen, infamen Phrase aus dem Munde eines ihrer Chefs aus dem Kreise Chruschtschows: "Der Kommunismus ist am Horizont," oder mit den Papageien aus der revisionistischen Menagerie vom Typ Max Reimanns, welche die friedliche Koexistenz nach dem Modell des Roten Telefons rühmen, das die beiden internationalen imperialistisch-revisionistischen Börsen verbindet: den Kreml und das Weiße Haus.

Das Heil der gesamten Menschheit ruht in den marxistisch-leninistischen Parteien, und hierzu ist es nötig, daß sich diese Parteien zu einem stählernen revolutionären Netz zusammenschließen, um ein für allemal die amerikanischen Imperialisten mit ihren Komplicen, den modernen Revisionisten im Kreml sowie den Revanchisten in Bonn, ohne hierbei ihre faschistischen Banditenhorden in Europa, Asien, Lateinamerika, Australien, Neuseeland und Afrika zu vergessen, aufs Trockene zu setzen. Sie werden dann in ein

Meer von Feuer und revolutionären Flammen gestürzt, das sie für immer verschlingen wird.

So und nur so wird die Menschheit Goldene Zeitalter kennenlernen, d.h. die Kommunistische Ära.

Es lebe der Marxismus-Leninismus im Zeitalter Mao Tse-tungs!

Es lebe Viet-Nam und die Völker im Kampf!

Es lebe die Arbeiterklasse!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Verständigung zwischen den Völkern, damit der Marxismus-Leninismus leben kann und damit die rote kommunistische Gesellschaft auf unserem Planeten ervorsprießen kann!

Ben

Radio Tirana

Täglich auf Mittelwelle 215 m
6,00 - 6,30 Uhr und
23,00 - 23,30 Uhr.

Täglich auf Kurzwelle 32 m
und 41 m - 6,00 - 6,30 /
13,00 - 13,30 / 14,30 - 15,00
16,00 - 16,30 / 18,00 - 18,30
19,00 - 19,30 / 21,30 - 22,00
23,00 - 23,30 Uhr.

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle
19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8
40,8 und 25,6 m
21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8
und 31,7 m

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg
Erscheinungsweise vorläufig monatlich Einzelpreis 40 Pfennig.
Jahresbezugspreis 7,40 DM (einschließlich Porto).
Postscheck-Konto. Nr. 2627 67
PSchA Hamburg

ZEITSCHRIFTEN AUS CHINA IN DEUTSCHER SPRACHE

PEKING RUNDSCHAU
(Wochenschrift)

CHINA IM BILD
(Monatsschrift)

Zu beziehen durch:

GUOZI SHUDIAN
VERTRIEBSZENTRUM
CHINESISCHER PUBLIKATIONEN
Postfach 399, Peking, China

Zeitschriften der Bruderorganisationen:
(in deutscher Sprache)

Rote Fahne Organ der MLPÖ
Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne", Wien XV, Goldschlagstraße 64/5 — 1150

Nachrichten aus der Volksrepublik
CHINA
Scolaris GmbH

2 Hamburg 1.,
Mittelweg 22b, Ruf (0411) 44 33 55
Einzelpreis —,50 DM; Abonnemen 24,— DM, für Schüler und Studente 20,— DM jährlich, exkl. Portogebühren im Inland. — Rücksendung v